

Inhalt der Sitzung vom 26.07.2010

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP Ö 2 Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Klasse 9 der Humboldtschule pflanzte anlässlich des Schulabschieds einen Baum im auf dem Humboldtschulgelände.

Das Frühlingsfest wurde von folgenden Firmen gesponsert:

Weldebräu GmbH & Co. KG, Plankstadts; Climatec GmbH, Hockenheim; Pfitzenmeier, Schwetzingen; ASDA Veranstaltungen & Automobile Andrea Schüning, Plankstadt; „Die Blume“ Irmgard Hein, Plankstadt.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) bedankte sich für die PL und gab deren Zustimmung.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich für die CDU und gab deren Zustimmung.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung zur Spende der Klasse 9 der Humboldtschule, lehnte aber die Zuwendungen für das Frühlingsfest ab. Die SPD sei grundsätzlich gegen Sponsoringveranstaltungen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) stimmte für die GLP der Spende der Klasse 9 der Humboldtschule zu, lehnte die Zuwendungen für das Frühlingsfest allerdings ab. Man betrachte dies nicht als Spende. Der Vorgang als solcher sei ein „Politikum“ und man könne nicht zustimmen, dass die Angelegenheit durch „ein amtliches Spendensiegel geheilt werde“.

Mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 4 Gegenstimmen von SPD und GLP.

TOP Ö 3 Rechnungsergebnisse bei der Abwasserbeseitigung - Ausgleich von Kostenüber-/ und – unterdeckungen der Jahre 2005 bis 2009 - Feststellung und Vortrag der verbleibenden Gesamtüberdeckung in Folgejahren

Nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes sind Kostenüberdeckungen innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen; Kostenunterdeckungen können in diesem Zeitraum ausgeglichen werden.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss Ö 3 vom 16.03.2009 beträgt die verbleibende Gesamtunterdeckung bei der Abwasserbeseitigung aus dem Jahre 2005 und 2007 113.865 €:

Rest Unterdeckung aus 2005: 89.517 € (wird mit der Überdeckung 2009 verrechnet)

Unterdeckung aus 2007: 24.348 € (wird mit der Überdeckung 2009 verrechnet)

Hiernach ergibt sich eine verbleibende Gesamtüberdeckung aus dem Jahr 2009 von 182.416 €.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung für die PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung für die CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die SPD die Abwassergebührenerhöhung im Dezember 2009 abgelehnt habe. Er forderte eine neue Gebührenkalkulation für die einzuführende gesplittete Abwassergebühr und gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) war über das Rechnungsergebnis erstaunt, da es aus 2009 einen Überschuss trotz geringerer Gebühren als in diesem Jahr gab. Sie empfand es als unverständlich, dass die Verwaltung im Dezember keinen besseren Überblick hatte. Sie teilte mit, dass sich die GLP enthalten werde.

BGM Schmitt führte kurz aus, dass die Vorbereitungen zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr im Sommer starten sollen. Im Bürgermeistersprengel kam man dazu überein, dass alle dem Zweckverband Unterer Leimbach angeschlossenen Kommunen nach der gleichen Abrechnungsmethode verfahren wollen und der Zweckverband die entsprechenden Grundlagen erstellen wird.

Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von PL, CDU, SPD und BGM, bei 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö 4 Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2010 beim Gemeindehaushalt und dem Eigenbetrieb Gemeindewasserversorgung Plankstadt

a) Gemeindehaushalt:

-zu den Einnahmen des Verwaltungshaushalts:

(Mehreinnahmen ohne Abschlussbuchungen: 758 T€)

Hier sind v. a. Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (467 T€), bei der Gewerbesteuer (339 T€) und beim Familienleistungsausgleich (79 T€) zu erwarten.

Bei den Abwassergebühren werden Mindereinnahmen von 130 T€ erwartet. Der Trinkwasserbezug fiel in den ersten fünf Monaten 13 % niedriger aus als im Vorjahr.

-zu den Ausgaben des Verwaltungshaushalts:

(Wenigerausgaben ohne Abschlussbuchungen: 136 T€)

Hier sind v. a. Wenigerausgaben bei den Geschäftsausgaben (200 T€) und bei den Zinsen (64 T€) erwähnenswert.

Mehrausgaben sind bei der Betriebskostenumlage an die Zweckverbände (81 T€) angefallen; ebenso dürfte sich die die Gewerbesteuerumlage um 68 T€ erhöhen.

-zu den Einnahmen des Vermögenshaushalts:

(Mehreinnahmen ohne Abschlussbuchungen und Kreditaufnahme: 305 T€)

Hier kann man davon ausgehen, dass die Gemeinde aus dem Verkauf von Bauplätzen im Bruchhäuser Weg Mehreinnahmen von 274 T€ erhält.

Aufgrund der erwarteten Haushaltsverbesserungen will die Verwaltung die vorgesehene Kreditaufnahme über 1,4 Mio € vermeiden.

-zu den Ausgaben des Vermögenshaushalts:

(Wenigerausgaben ohne Abschlussbuchungen: 249 T€)

Hier dürften die Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken um 241 T€ niedriger ausfallen. Wenn es im Jahr 2010 nicht zum Erwerb der Grundstücke nach dem Gewinn eines Prozesses kommt, würde diese Ausgaben sich um weitere 1,6 Mio € verringern.

b) Eigenbetrieb Gemeindewasserversorgung Plankstadt:

- zum Erfolgsplan:

Einnahmen aus dem Verkauf von Wasser:

(Wenigereinnahmen: 70 T€)

Auch hier ist aufgrund des Rückgangs des Wasserbezugs von den Stadtwerken Schwetzingen in den ersten 5 Monaten um 13 % gegenüber dem Vorjahr mit weniger Einnahmen aus dem Verkauf von Wasser zu rechnen. Außerdem kommt hinzu, dass die Wasserverluste im Jahr 2009 wieder um ca. 4 % gestiegen sind. Veranschlagt sind Einnahmen in Höhe von 830 T€ aus dem Wasserverkauf. Derzeit ist von Wenigereinnahmen von 70 T€ auszugehen.

Fremdleistungen f. Unterhaltung bzw. Aufwendungen für Waren:

(Wenigerausgaben: 60 T€)

Veranschlagt sind Ausgaben von 71,5 T € bzw. 67 T€. Zum 13.7.2010 waren jeweils unter 20 T€ verausgabt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass jeweils 30 T€, insgesamt 60 T€ eingespart werden können, wenn keine zusätzlichen Unterhaltungskosten zu dem normalen Unterhaltungsaufwand dieses Jahr mehr getätigt werden müssen.

- zum Vermögensplan:

Die Verwaltung geht davon aus, dass die aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen vorgesehenen 34 T€ für die Schlussabrechnung des Baugebiets Bruchhäuser Weg ausreichen und die veranschlagten 20 T€ für die Sanierung des Wasserturms dieses Jahr noch benötigt werden.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) betonte die Schwierigkeit, in diesen Zeiten finanzielle Planungen durchzuführen. Die Haushaltssituation sei deutlich besser als geplant, dennoch sei Sparsamkeit gefordert. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sah die erhöhten Mehreinnahmen als erfreulich an, mahnte aber, dass langfristig das „Tal“ noch nicht durchschritten sei und man dringend sparen müsse. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Situation unklar ist. Er fragte, ob der erhöhte Wasserverlust um 4% aus einem Wasserrohrbruch resultiere, was von BAL Boxheimer als wahrscheinlich angesehen wurde, weshalb demnächst eine Überprüfung des Wasserrohrnetzes erfolge.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) bedankte sich für die Information. Die Verbesserung zur Finanzlage sei erfreulich und eine Kreditaufnahme lasse sich voraussichtlich vermeiden. Er bat nun zu berücksichtigen, dass der Sockel des Wasserturms saniert werden müsse. Er gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 5 Konzessionsvertrag Stromversorgung

Am 31.12.2012 läuft der Konzessionsvertrag mit der EnBW aus. Spätestens zwei Jahre vor dem Ablauf des Konzessionsvertrages muss die Gemeinde dies gem. § 46 Abs. 3, S. 1 EnWG im elektronischen Bundesanzeiger bekannt geben. Die Regellaufzeit des Konzessionsvertrages beträgt erneut 20 Jahre, jedoch sollte keine feste Laufzeit in der Ausschreibung genannt werden.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, ob die Regellaufzeit nicht 20 Jahre sein muss, was von BAL Boxheimer verneint wurde. Waldecker forderte die Verwaltung auf, sich Gedanken zu machen, was man von dem zukünftigen Konzessionsnehmer als „Zubrot“ bekommen könne. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) glaubte nicht, dass die Bewerber Schlange stehen werden und gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass in den meisten Gemeinden Deutschlands in den nächsten zwei Jahren die Konzessionsverträge auslaufen und es sich lohne, den Vertrag nicht einfach nur zu verlängern. Eine Netzübernahme zusammen mit anderen Gemeinden sei ein Risiko, aber eine für die GLP denkbare wirtschaftliche alternative, die zur Haushaltskonsolidierung beitragen könnte. Er bat Bürgermeister Schmitt um Informationsbeschaffung zu den Chancen und auch Risiken einer Netzübernahme, was dieser zusagte. Hohl gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 6 Sanierung „Ortsmitte II“ - Billigung der Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen - Festlegung der Sanierungsziele

Mit Bescheid des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 27.04.2010 wurde ein Zuwendungs-betrag in Höhe von 500.000 EUR für die Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Ortsmitte II“ bewilligt.

Zum Fortgang des weiteren Verfahrens müssen die von einem Ingenieurbüro durchgeführten Untersuchungsergebnisse formal gebilligt werden. Außerdem müssen die folgenden, bereits im Antrag auf

Aufnahme der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme formulierten Sanierungsziele beschlossen werden:

- Sicherung/Stärkung und Ausweitung der Nahversorgung im Ortskern mit Handel und Dienstleistung
- Schaffung von Gemeinbedarfseinrichtungen und Stärkung der Wohnfunktion des Ortskerns; Steigerung der Attraktivität insbesondere auch für junge Familien
- Bauliche Maßnahmen der Umgestaltung zur Beruhigung des Verkehrs
- Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen in Straßen und Wegen, vor allem die Gestaltung in den Platzbereichen der sich durch Einmündung/Kreuzung ergebenden Flächen
- Funktionale und energetische Modernisierung des teilweise unter Denkmalschutz stehenden Rathauses
- Umfeldverbessernde Maßnahmen im Bereich des denkmalgeschützten Wasserturms
- Modernisierung und Instandsetzung privater Gebäude.

In späteren Sitzungen soll dann über die genaue Gebietsabgrenzung, die Verfahrensart (vereinfachtes oder umfangreiches Sanierungsverfahren) und die Förderrichtlinien beraten und beschlossen werden.

Der TOP wurde als 3. TOP vorgezogen, da Herr Kessler, KE, als Gast für die Beantwortung eventueller Fragen anwesend war.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) betonte, dass es ein Kernthema der PL sei, Plankstadt nach vorne zu bringen und dankte Herrn Bürgermeister Schmitt für die zügige Antragstellung zur Aufnahme ins Sanierungsprogramm. Bereits vier Wochen nach seinem Amtsantritt wurde der Erstantrag gestellt worauf nun der Folgeantrag bewilligt wurde. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass es bei diesem TOP um die Billigung der Rahmenbedingungen gehe, die Umsetzung der einzelnen Sanierungsziele jedoch nochmals anlassbezogen beraten werde. Die CDU sei der Meinung, dass man Prioritäten in der Umsetzung setzen solle. Seitens der CDU lege man auch großen Wert darauf, die Privaten mit einzubeziehen. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD. Es handle sich nur um die groben Rahmenbedingungen. Man lege seitens der SPD Wert auf Bürgerbeteiligung und kritische Bewirtschaftung der knappen Gemeindemittel.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach einen Dank für die Arbeit des Bürgermeisters im Rahmen des Sanierungsprogramms aus. Es bestehe offensichtlich ein Sanierungsbedarf in Plankstadt. Bei der Umsetzung forderte sie, eine Verlängerung der Straßenbahnlinie von Eppelheim nach Plankstadt zu berücksichtigen. Sanierungswillige seien bei Herrn Kessler in guten Händen.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 7 Bebauungsplan „Siedlung“ – 3. Änderung im Teilbereich „Im Hebelgarten“ - Änderungsbeschluss - Förmliches Beteiligungsverfahren

Grund für die Änderung des Bebauungsplanes „Siedlung“ im Teilbereich „Im Hebelgarten“ ist die starke Nachfrage potentieller Bauherren nach freistehenden Wohnhäusern. Diese kann mit den jetzigen

Bebauungsplanfestsetzungen (Doppel- oder Reihenhäuser) nicht gedeckt werden.

- Daher haben die Grundstückseigentümer

- die Änderung der Bauweise von Doppelhaus/Reihenhaus auf Einzelhaus/Doppelhaus und
- die durchgängige Darstellung der Baufenster beantragt.

Die Geschossigkeit (II bis III) und die Tiefe der Baufenster sollen weiterhin gelten.

Durch die Festlegung von Mindestgrundstücksgrößen (270 m²) und –breiten sollen zu starke bauliche Verdichtungen verhindert werden.

Das Baugesetzbuch lässt bei Änderungen oder Ergänzungen, die - wie hier - die Grundzüge der Planung nicht berühren, die Anwendung des vereinfachten Verfahrens zu.

Im vereinfachten Verfahren kann von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB sowie von der Umweltprüfung abgesehen werden.

Die Verwaltung wird den Änderungsbeschluss ortsüblich bekannt machen und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB und das Behördenbeteiligungsverfahren gemäß § 4 Absatz 2 BauGB durchführen.

Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Siedlung“ werden inhaltlich nicht berührt.

Der TOP wurde als 4. TOP vorgezogen. Frau Butsch und Frau Schnurpfeil von der Firma Bauland GmbH waren zu dem TOP anwesend. Frau Schnurpfeil stellte dem Gremium alle geplanten Änderungen vor.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man im Antoniusweg ein deutliches Beispiel massivster Verdichtung sehen könne, wie es niemand wolle und befürwortete die vorgesehene weniger dichte Bebauung. Er regte für die Hebelstraße ein LKW-Durchfahrtsverbot an und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) betonte, dass es der CDU wichtig war, dass die Geschossigkeit und Baulinien beibehalten werden, was der Fall ist. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass der SPD die Festsetzung von Grundstücksmindestgrößen wichtig war. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Ablehnung der GLP. Er äußerte die Befürchtung, dass die Häuser starken Spekulationen unterworfen seien. Er bemängelte weiter, dass Maximalgrundstücke nicht festgelegt wurden.

Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von PL, CDU, SPD und BGM, bei 2 Gegenstimmen der GLP.

TOP Ö 8 Fertigstellung der Fahrbahn im Gewerbering - Auftragsvergabe

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde der TOP in den nichtöffentlichen Teil verschoben und dort behandelt.

TOP Ö 9 Kanalzustandserfassung und –bewertung nach der EigenkontrollIVO - Vergabe der

Ingenieurleistungen und weitere Vorgehensweise

Auf Grund gesetzlicher Vorgaben sind Betreiber öffentlicher Entwässerungsanlagen verpflichtet, die Dichtigkeit der Anlagen nachzuweisen. Betroffen sind überwiegend das Kanalnetz, bestehend aus Hauptkanälen und Hausanschlussleitungen bis zur Grundstücksgrenze, sowie die Einstiegsschächte. Zur Zustandserfassung werden mobile Kameras über die Straßen-Einstiegsschächte eingebracht und der Zustand der Kanäle visuell und mittels Untersuchungsprotokollen dokumentiert. Nach Vorlage der Ergebnisse sind diese in Plänen darzustellen, zu bewerten und ggf. Sanierungskonzepte zur Schadensbeseitigung aufzustellen. Sanierte Netze sind in einem Turnus von 15 Jahren zu untersuchen. Nach der in den Jahren 1991/92 durchgeführten Erstuntersuchung mit anschließender Sanierungsphase über 4 Jahre ist nun der Zeitpunkt für die 1. Wiederholungsuntersuchung des Netzes gekommen.

Untersucht werden sollen alle Kanalleitungen, die älter als 10 Jahre sind. Für die Kostenschätzung wurden die Leitungslängen der Hauptkanäle mit ca. 25,2 Km und die Anzahl der Hausanschlussleitungen mit ca. 3200 Stück sowie die Anzahl der vorhandenen Schächte im Untersuchungsgebiet mit 650 Stück zugrunde gelegt. Die Kosten für eine Kanaluntersuchung im beschriebenen Umfang wurden von der Pöyry GWK GmbH zwischenzeitlich auf der Grundlage durchgeführter Ausschreibungen mit ca. 275.000,00 € incl. MwSt. geschätzt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben wurden die notwendigen Ing.-Leistungen definiert und das Gesamthonorar nach dem zu erwartenden Zeitaufwand mit ca. 100.000 € incl. MwSt. ermittelt. Die unter dem ehemaligen Namen GWK-Ingenieure bekannte Gesellschaft aus Mannheim betreut die Gemeinde und den Abwasser-Zweckverband Unterer Leimbach seit Jahrzehnten im Bereich Entwässerung und konnte sich dadurch tiefgreifende Kenntnisse in den Kanalnetzstrukturen der Mitgliedsgemeinden aneignen. Die Erstuntersuchung im Jahre 1991/92 sowie die nachfolgenden Sanierungsmaßnahmen wurden ebenfalls von der GWK betreut.

Herr Dammann von der Fa. Pöyry war zu dem TOP anwesend.

Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass das Angebot der PL sehr teuer erscheint und fragte Herrn Dammann, wie die Summe zustande komme. Dieser sagte, dass dies heute durchaus gängige Zahlen seien und sich die erhöhten Kosten durch die zusätzlich zu überprüfenden ca. 18.000 m Hausanschlussleitungen ergeben.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte, ob die Schachtvermessung günstiger und ergebnisführender zusammen oder getrennt sei. Dies konnte von FBL Boxheimer nicht ohne weiteres beantwortet werden. Er fragte weiter, wie sicher die Honorarhöhe sei und welchen Vorteil die Gemeinde durch die Beauftragung der Firma Pöyry habe? Herr Dammann sagte, dass man aufgrund der Erfahrung in der Gemeinde Plankstadt nicht die notwendige jedoch sehr zeitintensive Einweisung und Koordinierung im Kanalnetz brauche. Auch gebe es durch die Abgleichmöglichkeiten mit den Aufnahmen der letzten Prüfung Vorteile in der Schadensbeurteilung.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) versicherte sich, dass man nach einer Beauftragung alle Pläne und Bilder für das Gemeindearchiv habe. Es wurde seitens Herr Dammann zugesichert, alles in digitaler Form zu überlassen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte Herrn Dammann, ob dieser die Sanierungskosten aufgrund der Untersuchung aus den Jahren 1991/1992 noch in Erinnerung habe. Dieser sagte, dass diese damals im Bereich von 1 bis 2 Mio. DM gelegen habe.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 10 Bauantrag zur Errichtung eines Vereinsheimes auf dem Gemeindegrundstück Flst.Nr. 1315, verlängerte Kantstraße

Der Angelsportverein 1946 e.V. Plankstadt plant die Errichtung eines eingeschossigen Holzhauses mit 18° geneigtem Ziegelsatteldach.

Das Vereinsheim soll aus einem 46 m² großen Versammlungsraum und einer Toilette bestehen.

Auf dem Grundstück werden 3 Stellplätze nachgewiesen.

Das bisher als Garten verpachtete Gemeindegrundstück süd-östlich der Vereinsanlage der Kleintierzüchter liegt im Außenbereich und ist im Flächennutzungsplan als Kleingarten- und Kleintierzuchtanlage ausgewiesen.

GR Fredi Engelhardt (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 11 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 17.05.2010 gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Bekanntgabe durch Aushang im Rathaus und das Mitteilungsblatt erfolgt.

TOP NÖ 1 Information über den potentiellen Verkauf eines gemeindeeigenen Mietshauses

Vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

TOP NÖ 2 Übernahme einer befristet Beschäftigten in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis

Befristete Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses für ein Jahr einstimmig angenommen.

TOP Ö 12 Verschiedenes; Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat

Informationen des Bürgermeisters:

Das Konjunkturpaket wurde von der Gemeindeverwaltung komplett abgearbeitet und der Maximalzuschuss vereinnahmt.

Für die Sanierung der Heizung der Humboldtschule erhält die Gemeinde einen Zuschuss aus dem Ausgleichsstock in Höhe von 38.000 €.

Sollte der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss zur Neuerrichtung einer Kindertagesstätte fassen, könne man vorab eine Ausnahmegenehmigung zur übergangsweisen Einrichtung einer Krippengruppe im Gebäude des Gemeindearchivs erhalten. Durch die geringeren Anforderungen könne damit als „Provisorium“ eine Kinderkrippengruppe mit einem Aufwand von ca. 10.000 € bis zum Jahreswechsel realisiert werden.

Anfragen aus dem Gemeinderat:

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass man aus der Presse erfahren habe, dass die Personalkostenabrechnung künftig über den Rhein-Neckar-Kreis erfolge. Hier hätte sie sich eine Information vorab an den Gemeinderat gewünscht, bitte jedoch jetzt um eine Erläuterung.

Bürgermeister Schmitt legte dar, dass für diese Aufgaben gemäß Gemeindeordnung der Bürgermeister zuständig sei, betonte jedoch die Wirtschaftlichkeit und Situationsangemessenheit dieser Entscheidung.

Sie sagte, auf der B 535 von Schwetzingen kommend, sind die Autofahrer zu schnell. Hier wurde die Anbringung eines Verkehrsspiegels angeregt und sie würde gerne den Sachstand wissen.

Auf Nachfrage bei der zuständigen Behörde wurde mitgeteilt, dass kein Spiegel angebracht werden könne, weil die Geschwindigkeit der aus Schwetzingen kommenden Fahrzeuge nicht eingeschätzt werden könne. Die Haltelinie in der Schönauer Straße werde jedoch weiter nach vorne verlegt, um einen besseren Blick Richtung Schwetzingen zu erhalten.

GR Gaby Wacker (SPD) fragte, wann die Straßenbeleuchtung im Bruchhäuser Weg fertiggestellt wird. BAL Boxheimer sagte, dass der Beginn der Lampenmontage auf Ende August festgesetzt ist.

Sie sagte, dass der Park im Bruchhäuser Weg verwahrlost und ein Bild des Jammers sei.

BAL Boxheimer sagte, dass der Zustand bereits bei der verantwortlichen Firma gerügt wurde und die Bäume nicht angewachsen sind.

GR Wacker sagte, dass man bei der Einmündung der Bürgermeister-Werner-Weick-Straße in den Bruchhäuser Weg aufgrund des dort auf einem Grundstück wachsenden Unkrauts nicht mehr einsehen kann.

Bürgermeister Schmitt sagte, dass man seitens der Verwaltung den Eigentümer anschreiben werde.

Sie regte weiter die Einzeichnung einer Parkverbotszone in der Eisenbahnstraße von der Bahnstraße in Richtung Ortsmitte an.

Wacker fragte, ob man den Radweg entlang der B 535 mit dem anderen dort über die Brücke verlaufenden Radweg verbinden könne.

Bürgermeister Schmitt teilte mit, dass dies technisch nicht möglich sei.

Wacker fragte zuletzt, was die Vergabe der Entgeltabrechnung für die Beschäftigten koste, da nichts gespart sei, wenn man einfach Personal durch Sachkosten ersetze.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass man ca. 50 - 60 % des Personals in der Personalbearbeitung damit einsparen könne, eine Umstellung des Abrechnungssystems durch das Rechenzentrum hinzukomme, welche vom Landratsamt dann vorgenommen werde. Insgesamt werde die Aufgabe extern jedoch günstiger erbracht als durch die interne Aufgabenerledigung. Er bat um Verständnis, dass er weitere Informationen nichtöffentlich geben werde, da hier vertrauliche Personalentscheidungen angesprochen werden müssen.

Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte nach dem Schadensersatz resultierend aus dem Einbruchsdiebstahl im Rathaus. Bei den Jubiläumsmünzen erkundigte er sich nach dem ersetzten Wert und ob der Prägestock noch vorhanden ist. Er fragte auch, ob die Amtskette des Bürgermeisters sicher verwahrt sei.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Versicherung nur den jeweiligen Wiederbeschaffungswert ersetzt, die Gemeinde aber „unterm Strich ganz gut fahre“. Zu dem Prägestock konnte keine Aussage getroffen werden, doch konnte Bürgermeister Schmitt versichern, dass die Amtskette sicher verwahrt ist.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, warum der Gemeinderat in der Angelegenheit „Entgeltabrechnung“ nicht informiert worden sei.

Bürgermeister Schmitt teilte mit, dass er dies in der letzten Sitzung nichtöffentlich auf der Agenda hatte, jedoch durch die intensiven Diskussionen versäumt wurde.

Hohl fragte weiter, ob der Gemeinderat den Vertrag mit dem Landratsamt einsehen könne, was von Bürgermeister Schmitt bejaht wurde.

Hohl sagte weiter, dass der Schwetzingener Stadtrat einen Bebauungsplan für das Gebiet ehemaliges Ausbesserungswerk beschlossen habe. Er forderte, dass der Plankstadter Gemeinderat als Träger öffentlicher Belange rechtzeitig informiert wird.

GR Jutta Schuster (CDU) fragte, ob der Bürgermeister schon zum Thema Schulsozialarbeit Ergebnisse erzielen konnte.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Gemeinde ein Angebot aus Oftersheim von den Schulsozialarbeitern der Kooperationsschule für die gemeinsame Werkrealschule erhält.

Schuster sagte weiter, dass im Protokoll vom 21.6.2010 unter TOP Ö 2 ein Teil der Abstimmung fehle und bemängelte, dass beide Urkundspersonen der gleichen Fraktion entstammen.

GR Silke Layer (PL) fragte nach der Resonanz der Bevölkerung auf die Mängelcheckbögen. Sie erkundigte sich auch nach dem Turnus der Veröffentlichung dieser Bögen im Mitteilungsblatt.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Resonanz positiv sei und man die Bögen in einem Turnus von ca. 3 bis 4 Monaten veröffentlichen werde. Die Bögen könnten aber bei Bedarf jederzeit im Bürgerbüro abgeholt sowie im Internet heruntergeladen werden.

GR Fredi Engelhardt (PL) fragte, ob man an der Grünanlage der B535 eine Hundetoilette anbringen könne.

Bürgermeister Schmitt, sagte, dass dieses Areal leider dem Bund gehöre und die Gemeinde keine Möglichkeit habe. Derzeit sei die Verwaltung jedoch dran, sogenannte „Dog stations“ im Gemeindegebiet zu realisieren. Eventuell könne eine davon in näherer Umgebung zu der Grünanlage platziert werden.

GR Gerhard Waldecker (PL) monierte die Beleuchtung im Bruchhäuser Weg. Außerdem liege in dem Areal auch Sand auf den Gehwegen, was zu Unfällen führen könne. Er fragte, ob dieser nicht weggekehrt werden könne. Beim Adlerareal komme aus dem defekten Fallrohr bei Regen eine Wasserfontäne, der Gehweg sei dann nicht mehr nutzbar. Ebenfalls liege dort eine blaue Tüte mit Müll auf dem Gehweg.

Bürgermeister Schmitt sagte zu, dass sich die Verwaltung um diese Dinge kümmern werde.

Gerhard Waldecker bedankte sich als Schulleiter der Humboldtschule für die tatkräftige Unterstützung insbesondere der Mitarbeiter des Gemeindebauhofs zum Schuljubiläum.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass auf der Straße über den B 535 Tunnel Absperrungen vor dem Geländer stehen, die entfernt werden könnten. Dies wird durch die Verwaltung geprüft.